

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

Bern, den 23. Mai 1970

P r e s s e m i t t e i l u n g

Das Aussenministerium der Republik Kuba hat eine Note veröffentlicht, die es mit bezug auf die vom Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements am 20. Mai abgehaltene Pressekonferenz an die Schweizerische Botschaft in Havanna gerichtet hatte. Nachdem in dieser Note die von Herrn Bundesrat Graber gemachten Aeusserungen systematisch verdreht worden sind, hat dieser dem kubanischen Aussenminister Roa ein Schreiben zugehen lassen, dessen Inhalt nachstehend wiedergegeben wird. Was die fälschlicherweise von einer Presseagentur durchgegebene Meldung anbelangt, wonach die diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Kuba abgebrochen würden, so entbehrt diese jeglicher Grundlage.

"Herr Minister,

Herr Botschafter Fischli hat mir von der Mitteilung Kenntnis gegeben, die Sie ihm im Anschluss an meine Pressekonferenz vom 20. Mai zugehen liessen. Die Vorwürfe, die Sie darin an mich richten, haben mich sehr überrascht. Ich habe nichts gesagt, was diese hätte rechtfertigen können. Meine Erklärungen sind Ihnen ohne Zweifel unrichtig wiedergegeben worden. Die folgende Klarstellung erscheint mir daher im Hinblick auf die Zukunft der Beziehungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Kuba als unerlässlich.

Es ist absolut unrichtig, die Schweiz mit den Vereinigten Staaten zu identifizieren, nur weil unser Land die amerikanischen Interessen in Kuba vertritt. Die Schweiz hat mit der Entführung der kubanischen Fischer überhaupt nichts zu tun. Sie missbilligt jeden Akt der Piraterie, besonders wenn er Unschuldige trifft. Wir haben uns übrigens dafür eingesetzt, dass die Fischer in ihre Heimat zurückkehren können.

Ich kann die Emotion verstehen, welche diese Entführung in Kuba ausgelöst hat und ich habe in keiner Weise die möglichen Beweggründe in Frage gestellt, die das kubanische Volk veranlasst haben könnten, seiner Empörung Ausdruck zu geben. Demgegenüber habe ich mich gegen die Tatsache verwahrt, dass während drei Tagen der Kanzler und ein Angestellter unserer Botschaft gegen ihren Willen und ohne Nahrungsmittel und Medikamente in der früheren amerikanischen Botschaft zurückgehalten worden sind, umso mehr als einer von ihnen ärztlicher Hilfe bedurft hätte. Ich konnte es auch nicht akzeptieren, dass es während diesen drei Tagen dem schweizerischen Botschafter verunmöglicht worden war, mit seinen Mitarbeitern in andern als telephonischen Kontakt zu treten. Ich habe schliesslich dagegen protestiert,

./.



dass wir an der Ausübung eines Mandats gehindert worden sind, welchem die kubanische Regierung selbst zugestimmt hat.

Mit Genugtuung habe ich die Nachricht begrüsst, dass die Lage sich inzwischen normalisiert hat und das Personal der schweizerischen Botschaft unbehindert die frühere amerikanische Botschaft betreten konnte, um dort seine Tätigkeit wieder aufzunehmen. Umso enttäuschter bin ich daher, feststellen zu müssen, dass Ihre Exzellenz Berichten Glauben geschenkt hat, die nicht nur ungenau und tendenziös, sondern auch offensichtlich dazu bestimmt waren, die Beziehungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Kuba zu stören. Die Schweiz hat stets Wert darauf gelegt, mit allen Staaten der Welt gute Beziehungen zu unterhalten. Dies ist ein der Leitsätze ihrer Politik der Unabhängigkeit und Neutralität. Die Behauptung, die Schweiz würde sich völlig der Sache irgend eines anderen Staates verschreiben, stellt eine Verletzung ihrer Ehre dar, die ich aufs kategorischste zurückweisen muss.

Ich füge bei, dass Ihrem Botschafter zu jeder Zeit das seiner Stellung entsprechende Entgegenkommen zuteil geworden ist. Ich habe daher seine fortgesetzte Abwesenheit, die uns, wie das den diplomatischen Gepflogenheiten entsprochen hätte, nicht bekanntgegeben worden war, bedauert. Dies hat es uns verunmöglicht, mit ihm Verbindung aufzunehmen, was normal gewesen wäre, in einem Augenblick, in dem in Havanna schwerwiegende Ereignisse sich abspielten, von denen unsere Botschaft direkt betroffen war.

Was die persönlichen Angriffe anbelangt, die Sie gegen mich gerichtet haben, so ziehe ich es vor, diese zu ignorieren.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Pierre Graber
Bundesrat